



Rundbrief Aktuell

Informationen aus Berlin und dem Wahlkreis

Ausgabe 17-40/09.10.2017

Tag der Deutschen Einheit

Mainz – 03.10.2017



Der diesjährige Festakt aus Anlass des 27. Jahrestages der Wiedervereinigung Deutschlands fand in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz statt und stand unter dem Motto „Gemeinsam sind wir Deutschland“. Auch wenn mehr als eine Generation seit den denkwürdigen Ereignissen vergangen ist, so lässt dieser Feiertag immer wieder Erinnerungen wach werden und Bilder der Freude und der Rührung kommen vor das geistige Auge.

Wenige Tage nach der Bundestagswahl zum 19. Deutschen Bundestag standen aber auch die Festreden von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Zeichen der Mahnung und des dringenden Hinweises, dass mit Rücksicht auf neue politische Strömungen Einigkeit und Gemeinsamkeit ein wichtiges Gut ist, für das wir uns alle nachhaltig einsetzen müssen.

Die besondere Herausforderung besteht aus meiner Sicht aber darin,

dass wir uns in einer Zeit des wirtschaftlichen Wohlstandes, geringer Arbeitslosigkeit und hoher Beschäftigungszahlen selbstkritisch aber keinesfalls pessimistisch mit den Fragestellungen beschäftigen müssen, die für einen großen Teil unserer Bevölkerung keine Bedeutung haben bzw. leider auch bei manchen Menschen eine Sensibilität entstanden ist, die der Realität nicht angemessen ist.

Jede Zeit bringt zwangsläufig Veränderungen mit sich, die weder alle von uns verursacht worden sind noch binnen kürzester Zeit alleine durch uns gelöst werden können.

Ich bin deshalb sehr froh, dass nach dem ersten Besprechungsgipfel mit unserer Schwesterpartei am vergangenen Wochenende nun heute das Signal für die Aufnahme von Sondierungsgesprächen ab dem Mittwoch der kommenden Woche gegeben worden ist.

Jedem politisch realistisch denkenden Menschen muss allerdings klar sein, dass mit einer Jamaika-Koalition ein Kompromiss aus drei verschiedenen Perspektiven geschmiedet werden muss, den ich für absolut möglich halte, der aber mit Sicherheit eine Herausforderung für das politische Vorstellungsbild aller Beteiligten darstellt.

Wenn der Wählerwille die Politik vor die Aufgabe gestellt hat, hieraus eine handlungsfähige Koalition zu bilden, kann dies nur gelingen, wenn man sich von alt her gebrachten Grundsatzpositionen löst.

Dabei möchte ich ausdrücklich darauf aufmerksam machen, dass ich damit unter keinen Umständen die Grundwerte der Christlich Demokratischen Union Deutschlands meine, sondern das Verharren in Einzelpunkten.

Ein gutes Signal ist hierbei auch, dass sich die CDU und CSU am vergangenen Wochenende darauf verständigen konnte, den Symbolbegriff der „Obergrenze“ aufzugeben, sondern sich auf die eigentlich inhaltlichen Punkte des Flüchtlings-themas zu konzentrieren.

Deutschland wird nicht in der Lage sein, die internationale Mobilität von Flüchtlingen aufzuhalten. Deutschland muss und wird aber in der Lage sein, mit den Menschen, die aus diesem Grund zu uns kommen, zum frühestmöglichen Zeitpunkt Kontrolle, Überprüfung der Identität und Abwicklung von Antragsverfahren durchzuführen um das unmissverständliche Signal zu setzen, das hier jeder willkommen ist, der unter die Schutzrechte des Grundgesetzes und der Genfer Flüchtlingskonvention fällt, demgegenüber jedoch jeder, der dies nicht für sich beanspruchen kann, umgehend wieder den Weg zurück antreten muss. Die konsequente Umsetzung dieser Prämisse setzt aber auch voraus, dass wir die Prüfungs- und Migrationsprozesse bestmöglich und vor allen Dingen zeitlich optimiert durchführen können. Hier hat jeder Staat seine natürliche Leistungsfähigkeit, die nicht auf Kosten anderer staatlicher Aufgaben beliebig erweitert werden kann.

RWE Fachtagung

Bergheim, 05.10.2017



In der vergangenen Woche fand die 3. wasserwirtschaftliche Fachtagung im Rheinischen Braunkohlensrevier statt. Thema waren die drei künftigen Tagebaueisen, die aus den Tagebauen Inden, Garzweiler und Hambach entstehen werden, auch wenn hierzu aller Voraussicht nach noch Jahrzehnte ins Land gehen werden. Flächenausdehnung und insbesondere auch die Tiefe des Tagebaus Hambach werden dabei eine besondere Herausforderung an die Ingenieurleistung stellen, um den Zufluss des Wassers bei der Füllung, das Entstehen der Flora und Fauna über und unter Wasser und vor allen Dingen die dauerhafte Wasserqualität sicher zu stellen. Auch die zukünftige Verbindung mit dem Grundwasserspiegel wird ein wichtiger Baustein des ökologischen Gesamtgefüges sein. Aus den Fachvorträgen auch der Vertreter des Erftverbandes kann bereits jetzt geschlossen werden, dass es außerordentlich wichtig ist, dass dieser Prozess geordnet und geplant von statten geht. Bei allen zu erwartenden Diskussionen mit dem möglichen Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Braunkohle muss daher jedenfalls auch die langfristige Abwicklung der Rekulтивierung eine Rolle spielen. Ohne die in der Vergangenheit kalkulierten Unternehmensgewinne des Bergbauunternehmens lässt sich dieses Projekt nicht gestalten.

Kölner Knoten

Köln, 05.10.2017



Über den Dächern von Köln und mit direktem Blick auf die Hohenzollernbrücke und den Hauptbahnhof Köln besuchte ich die Akteurskonferenz zur Baumaßnahme Kölner Knoten. Unter dem schönen Titel „S gemeinsam voranbringen“ wurde noch einmal das komplexe Geflecht des S-Bahn-Ausbaus von Osten nach Westen und Norden nach Süden vorgestellt und nunmehr vor allen Dingen der Startschuss für die Bürgerbeteiligung gegeben. Projekte dieser Dimension können heute nur in einem überschaubaren und angemessenen Zeitraum umgesetzt werden, wenn Bürger und Träger öffentlicher Belange sowie insbesondere Verbände von Beginn an am Verfahren beteiligt werden. Vor allen Dingen scheint es auch unumgänglich zu sein, zu verdeutlichen, dass grundsätzlich eine Bereitschaft zur Änderung der Planung bei entsprechenden Anregungen gegeben ist. Dies ist sowohl für die Planer hilfreich, die nicht vor die Frustration gestellt werden, langfristig erarbeitete Konzepte durch den Reißwolf zu jagen und andererseits die Beteiligten nicht den Eindruck gewinnen, dass ihre Anhörung eigentlich nur blanke Formelei ist und kein erster Wille besteht, sich auseinander zu setzen. Wichtig ist jedoch von Beginn an ein Grundkonsens für die Notwendigkeit der Maßnahme, was vorliegend erfreulicherweise gegeben ist.

Deutscher Kongress Versorgungsforschung

Berlin, 06.10.2017



Bei meinem Bürotag in Berlin in der vergangenen Woche hatte ich auch die zusätzliche Möglichkeit auf dem Deutschen Kongress zur Versorgungsforschung ein Referat über die politischen Perspektiven zur zukünftigen Einrichtung und Anwendung von Registern zu halten. Gemeinsam mit Prof. Griesinger vom Klinikum Oldenburg, der an den Registerstudien für Onkologie CRISP und PANORAMA forscht, konnte ich mich über den Wert und die notwendige politische Unterstützung zur Einrichtung von Registern unterhalten.

Daten sind der wertvollste Rohstoff unserer Tage. Gerade in der Krebsforschung ermöglichen klinische Studien aus zeitlichen Gründen nicht immer die notwendigen und vor allen Dingen kurzfristigen Erkenntnisse und Erfolge, die für eine sachgerechte Versorgung der Patienten nötig wären. Die Digitalisierung gestattet heute alleine mit einem Mausklick die kurzfristige Auswertung von Millionen von Datensätzen, aus denen sofort Rückschlüsse auf den Erfolg oder Misserfolg bestimmter Therapieformen gezogen werden können.

Aufgabe der Politik wird es daher sein, diese Konzepte zu fördern und bei den Patienten um die Bereitschaft zur Mitwirkung zu werben.